

Medienkonferenz vom 11. Mai 2011

Die Zukunft der Energieversorgung aus Sicht der für die Versorgung verantwortlichen Energiewirtschaft

Referat Dr. Ronald Ganz, Präsident der Erdöl-Vereinigung

Es gilt das gesprochene Wort

Erdöl ist mit einem Anteil von 55 Prozent am Gesamtenergieverbrauch nach wie vor der wichtigste Energieträger der Schweiz. Wir sind von den Auswirkungen der Ereignisse in Japan direkt nicht betroffen.

Indirekt betreffen uns die Diskussionen um die Strompolitik der Zukunft nach Fukushima aber selbstverständlich, weil Erdöl und Erdgas Alternativen zur Atomkraft sind und sich bei ihrem verstärkten Einsatz in der Stromerzeugung im Inland in der klimapolitischen Diskussion neue Fragen stellen und Dilemmas zu lösen sein werden.

In beiden Themen, Stromversorgung und Klimaschutz ist es an der Zeit, von der hysterischen Panikmache wegzukommen und zu einer sachlichen und fundierten Diskussion der offenen Fragen zu kommen. Es ist zu Recht gesagt worden, dass wir gegenwärtig eine Kernschmelze der Proportionen erleben, weil die Reaktionen in Medien, Politik und Öffentlichkeit auf gewisse Ereignisse keinen Bezug mehr haben zu deren realem Schadenspotential.

Ich darf darauf hinweisen, dass zum Beispiel das in der Klimadebatte in der öffentlichen Diskussion unwidersprochen geltende Axiom, wonach anthropogenes CO₂ umweltschädlich sei, wissenschaftlich keineswegs so gesichert ist, wie es immer wieder unreflektiert kolportiert wird. Der Weltklimarat selber macht in seinem wissenschaftlichen – nicht im politischen – Bericht selber gewichtige Vorbehalte zu seinen eigenen Aussagen einer menschengemachten Erwärmung, und die bisher seit 1850 festgestellte Erwärmung von ca. 0,7 Grad C lässt sich ohne weiteres aus rein natürlichen Ursachen – von der Sonnenaktivität bis zu den Meeresoszillationen – erklären.

Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, und dafür braucht es – wenn er wirklich ein Problem ist – globale Lösungen. Für die Schweizer Wirtschaft – nicht nur die Erdölwirtschaft – ist deshalb der Entscheid des Parlaments, in Abweichung vom tauglichen Vorschlag des Bundesrates, ein neues CO₂-Gesetz zu erlassen, das vorsieht, den CO₂-Ausstoss der Schweiz ausschliesslich mit Massnahmen im Inland zu senken, sowohl ökologisch als auch ökonomisch falsch. Es stellt die erfolgreiche,

auf Eigenmassnahmen der Wirtschaft beruhende bisherige Klimapolitik auf den Kopf und setzt Fantasieziele. Konkret müsste jedes 3. Auto und jedes 3. Gebäude bis 2020 emissionsfrei werden. Das ist unrealistisch und wäre ausserordentlich teuer, denn die Schweiz gehört schon heute zu den OECD-Ländern mit den geringsten pro-Kopf-Emissionen.

Der Entscheid ist auch insofern unverständlich, als die Wirtschaft im Sinne einer Vorsichtsstrategie ihre Hausaufgaben beim Klimaschutz gemacht hat. Über den Klimarappen und die Energie-Agentur der Wirtschaft konnte der jährliche CO₂-Ausstoss der Schweiz um 4 Millionen Tonnen pro Jahr reduziert werden. Das sind 80 Prozent der Gesamtreduktion. Das soll nun durch eine planwirtschaftliche Industriepolitik ersetzt werden mit extremen, im internationalen Rahmen nicht abgestimmten Zielsetzungen? Die Folgen für den Industriestandort Schweiz wären gravierend! Als erste Konsequenz verlässt die energieintensive Papierindustrie bereits das Land.

Ein schweizerischer Alleingang ist kontraproduktiv und muss vermieden werden.

Ohne Korrekturen des Parlamentsentscheides in den abschliessenden Beratungen kann die Wirtschaft nicht hinter diesem Gesetz stehen.

Zwei Überlegungen zum Schluss:

1. Immer wieder wird behauptet, ein scharfes CO₂-Gesetz verhindere den Tanktourismus, was positiv zu werten sei. Das ist Unsinn. Ohne Tanktourismus verbessert sich zwar rechnerisch die schweizerische CO₂-Bilanz. Fürs Klima aber ist nichts getan, denn der Treibstoffabsatz findet jetzt einfach im Ausland statt und belastet die CO₂-Bilanz der Anrainerstaaten. Dem Schweizer Finanzminister fehlt aber in seiner Kasse eine halbe Milliarde an Treibstoffabgaben.
2. Im Reigen der vielen Politideen war auch der Vorschlag zu hören, man solle die Energieträger auf eine jährliche Absenkrate ihres Absatzes verpflichten. Das ist eine Logik der Kontingentierung, die in eine bereits kritisierte planwirtschaftliche Energiepolitik passt, nicht aber in ein freiheitliches Wirtschaftssystem, das uns grosse soziale und wirtschaftliche Wohlfahrtsgewinne gebracht hat und auch in Zukunft bringen kann und deshalb zu erhalten ist.

Die Schweizer Mineralölwirtschaft will und wird weiterhin ihren Beitrag leisten zu einer sicheren, unter allen Aspekten nachhaltigen und wirtschaftlichen Energieversorgung und wir wünschen uns und brauchen damit auch in Zukunft eine zuverlässige und erschwingliche Stromversorgung der Schweiz.